

Gerhard Simon

Zur Vorgeschichte:

Von der Auflösung der UdSSR bis zur Orangen Revolution

Was ist die Ukraine? Eine historisch-politische Einführung

Vortrag an der Evangelischen Akademie im Rheinland, 24. Oktober 2014

Einleitung

Was ist die Ukraine? Ist die Ukraine nicht eine Provinz Russlands? Ist die Ukraine überhaupt ein Staat, ist die Ukraine eine Provokation? Und wer sind die Ukrainer? Sind sie nicht Russen, die ihren Dialekt zu einer selbständigen Sprache stilisieren? Mit anderen Worten, gibt es überhaupt eine Ukraine, gibt es überhaupt Ukrainer, unabhängig von den Russen? Sind dieser Staat und dieses Volk nicht ein Phantom, aufgetaucht nach dem Untergang der Sowjetunion, sozusagen aus dem Nebel hervorgetreten, ohne Geschichte und eigentlich ohne Daseinsberechtigung? Wir kennen Russland und die tausendjährige Geschichte Russlands. Das ist der Partner im Osten Europas.

Die deutschen Staaten insbesondere Preußen, haben seit dem 18. Jahrhundert zumeist die Nähe zu Russland gesucht. Waren nicht die anderen, die Balten und die Ukrainer, schließlich auch die Polen, eher ein Störfaktor? Seit alters und bis heute gibt es die Vorstellung, wenn Russland und Deutschland sich verständigen, dann herrscht Frieden in Europa. In dieser Sicht erscheinen die beiden Weltkriege eher als ein Unfall in der Geschichte, ein Herausfallen aus der Normalität und vor allem aus der Norm, wie sie sein sollte.

Dieses Raisonement im Stil des 19. und 20. Jahrhunderts von der Ukraine als geschichtslosem und unerwünschtem Phänomen ist in Deutschland bis heute aktuell. Bis heute wird die Ukraine häufig nur durch das russische Prisma wahrgenommen, nur soweit akzeptiert wie es unsere Russlandpolitik nicht stört und mit ihr vereinbar ist. Die Ukraine gilt als ein potentieller und aktueller Störfaktor der „Ostpolitik“, sie belastet und kompliziert die Beziehungen zur Großmacht Russland, von der unser Wohlergehen doch wesentlich abhängt.

Was also ist die Ukraine? Die Ukraine ist mit 45,4 Millionen (2013) Einwohnern nach Russland das flächenmäßig größte Land in Europa, sie ist also größer als Frankreich oder Deutschland, wenn auch mit deutlich weniger Einwohnern. Die Ukraine hat keineswegs immer zu Russland

gehört, wie ein bei uns weit verbreitetes Stereotyp besagt. Ebenso wenig war übrigens die Krim „immer“ ein Teil Russlands, wie zur Rechtfertigung der jüngsten Annektion bei uns oft zu hören ist.

Kiewer Rus

Die historische Heimat der Ukrainer ist die Kiewer Rus, die erste Staatsbildung auf dem Territorium der ostslavischen Stämme im Mittelalter. Die Ukrainer teilen dies Erbe mit den Russen und Belarussen, den beiden anderen ostslavischen Völkern. Allerdings gab es im Mittelalter weder Russen, noch Ukrainer oder Belarussen. Erst in der frühen Neuzeit haben sich in einem langen Prozess die jetzigen drei ostslavischen Völker ausgebildet und ausdifferenziert. Insofern ist Kiew keineswegs die „Mutter der russischen Städte“, wie auch bei uns in einer falschen Wiedergabe der altslavischen Chronik immer wieder zu lesen ist. Sondern Kiew ist der Ursprung der Städte auf dem Territorium der ostslavischen Fürstentümer im Mittelalter, also die „Mutter der ostslavischen Städte“. Kiew und mit ihm die Kiewer Rus gingen nach der Zerstörung durch die tatarisch-mongolischen Eroberer im 13. Jahrhundert unter. Die Kontinuität einer staatlichen Selbständigkeit des Kiewer Landes brach danach ab. Im Nordosten des Gebietes der ostslavischen Fürstentümer entstand ein neuer Staat, die Moskauer Rus oder Moskowien, wie dieser Staat im Westen genannt wurde.

Polen- Litauen

Die Regionen aber, in denen die Proto-Ukrainer lebten, wurden nach und nach in das entstehende polnisch-litauische Großreich integriert, das im späten Mittelalter der entscheidende Machtfaktor in Ostmitteleuropa war. Das Großfürstentum und Königtum Litauen-Polen erstreckte sich zeitweise von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert gehörten alle von Ukrainern bewohnten Territorien zu diesem europäischen Großreich. Sie hatten damit Anteil an vielen gesamteuropäischen Entwicklungen des Mittelalters und der frühen Neuzeit, wie der Stadtkultur, der Rechtskultur und des Barock. Den Moskauer russischen Staat erreichten diese europäischen Entwicklungen nicht oder nur eingeschränkt. Aber die ukrainischen Territorien verfügten nicht über eine staatliche Unabhängigkeit; sie gehörten vielmehr zum polnisch-litauischen Commonwealth, zur Rzeczpospolita. Demgegenüber formierte sich der Moskauer russische Staat nach der endgültigen Abschüttelung der tatarischen Oberherrschaft im 14. Jahrhundert als ein unabhängiger Staat. Die Ukrainer gingen daran, im 16. und 17. Jahrhundert am östlichen Rand der Rzeczpospolita einen eigenständigen Staat zu schaffen: das Hetmanat der Kosaken, geprägt von starken demokratischen Elementen einer Kriegerrepublik und dem Freiheitswillen der Steppenbewohner. Aber das Hetmanat der Kosaken konnte sich nicht als eigenständiger Staat behaupten, und wurde zwischen dem ex-

pandierenden Moskauer Staat und dem von innerem Zerfall bedrohten polnisch-litauischem Commonwealth erdrückt.

Moskowien

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts begann die Einverleibung der von Ukrainern bewohnten Gebiete in den Moskauer Staat. Im Vertrag von Perejaslav 1654 unterstellte sich das Hetmanat der Kosaken dem Schutz der Moskauer Zaren, die in einem 150 Jahre dauernden Prozess der Eingliederung und Unterwerfung nach und nach fast alle Traditionen der ukrainischen Eigenständigkeit beseitigten und das Land Kleinrussland nannten, was allerdings zunächst nicht pejorativ gemeint war.

Weitere große Gebiete mit ukrainischer Bevölkerung und Geschichte fielen mit der Zerschlagung des polnischen Staates durch seine Nachbarn am Ende des 18. Jahrhunderts an Russland. Aber andere ukrainische Regionen gelangten durch die polnischen Teilungen unter die Herrschaft der Habsburger und gehörten wie Galizien mit Lemberg bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Österreich-Ungarn. Große Teile der westlichen Ukraine sind deshalb mitteleuropäische Territorien, sie haben vor dem Zweiten Weltkrieg niemals zu einem russisch geprägten Staat gehört. Erst Stalin brachte nach dem Zweiten Weltkrieg jenen Prozess zu Ende, der Mitte des 17. Jahrhunderts begonnen hatte: die Vereinigung aller von Ukrainern bewohnten Gebiete in einem russisch-sowjetisch geprägten Staat, der Sowjetukraine. Die Sowjetukraine war nach der RSFSR die größte und bedeutendste Teilrepublik der Sowjetunion.

Betrachtet man also die Geschichte der Ukraine unter dem Aspekt der „langen Wellen“, so war die Ukraine im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit Teil der polnischen Welt und wurde dann in einem langen Prozess bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zu einem Teil der russischen und sowjetischen Welt. Keiner der Hegemone, weder der polnisch-litauische noch der russische, hatte ein Interesse daran, die Ukraine und die Ukrainer in die staatliche Unabhängigkeit zu entlassen. So gelang es der Ukraine erst sehr spät, staatliche Selbständigkeit zu gewinnen, zu einer Zeit, in der im Westen Europas die Epoche der Nationalstaaten als mehr oder weniger überwunden angesehen wurde. Die Ukrainer hatten mehrfach versucht, die abgebrochene Eigenstaatlichkeit, die sie im Mittelalter gehabt hatten, wieder herzustellen. Vom Hetmanat des 16./17. Jahrhunderts, einem Protostaat im Spannungsfeld zwischen der Rzeczpospolita und dem Moskauer Zarenreich war bereits die Rede.

Im 19. Jahrhundert formierte sich sowohl im Russländischen Reich als auch in Österreich-Ungarn eine ukrainische Nationalbewegung, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr

mit Forderungen nach sprachlich-kultureller Autonomie zufriedengab, sondern jetzt auch die Errichtung eines ukrainischen Nationalstaates verlangte. Damit war die ukrainische nationale Erweckungsbewegung eine typische Erscheinung jener Zeit, vergleichbar der tschechischen oder estnischen Nationalbewegung. Ein Unterschied bestand darin, dass die entstehende moderne ukrainische Nation zahlenmäßig mit weitem Abstand die kleinen Völker übertraf. Die Ukrainer waren im 19. und 20. Jahrhundert das mit Abstand größte Volk in Europa ohne Eigenstaatlichkeit.

Die Sowjetukraine

Mit dem Zusammenbruch des Russländischen Reiches und der Habsburger Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs ergaben sich Chancen zur Bildung eines unabhängigen ukrainischen Staates. Auf dem Territorium des Russländischen Reiches entstand eine ukrainische Republik mit dem Zentrum in Kiew; auf dem Gebiet der ehemaligen Rzeczpospolita, des jetzt wiedererstehenden polnischen Staates, formierte sich ein ukrainischer Staat mit dem Zentrum in Lemberg. Der Zusammenschluss beider ukrainischer Republiken blieb ephemer und eher symbolhaft. Vor allem aber war weder der neue polnische Nationalstaat, noch die bolschewistische Sowjetmacht bereit, einen unabhängigen ukrainischen Staat neben sich zu dulden. Deshalb brachen diese Staatsbildungen nach wenigen Jahren zusammen; Galizien mit Lemberg wurde zu einer Provinz Polens, die Sowjetukraine mit Kiew wurde eine der Gründungsrepubliken der Sowjetunion. Allerdings bauten die Sowjets zunächst Charkiv und nicht Kiew als Hauptstadt der Sowjetukraine aus; 1934 wurde die Hauptstadt nach Kiew zurückverlegt. Ein weiterer kurzfristiger Versuch, diesmal unter dem Schutz der deutschen Besatzungsmacht 1941, in Lemberg einen ukrainischen Staat auszurufen, scheiterte vom ersten Tag an, denn die nationalsozialistische deutsche Besatzungsmacht hatte nicht das geringste Interesse an einem unabhängigen ukrainischen Staat.

So blieb die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik bis zum Ende der Sowjetunion die einzige ukrainische Staatsbildung. Im Zuge des Zweiten Weltkriegs wurde sie im Westen in großem Stil erweitert durch die ehemals polnischen, ungarischen und rumänischen, aber überwiegend von Ukrainern bewohnten Provinzen.

Der Vielvölkerstaat Sowjetunion war ein merkwürdiges Imperium. Einerseits war die Sowjetunion ein hochzentralisiertes Imperium, in dem alle wichtigen und viele unwichtige Entscheidungen vom Zentrum getroffen wurden, ohne dessen Zustimmung kein Etikett auf einer Bierflasche geändert werden konnte. Andererseits schuf dies Imperium geradezu die Voraussetzungen für das eigene Ende, indem es den entstehenden Nationen symbolische Zeichen der

Selbstständigkeit erlaubte, wie eigene Territorien, die Verwendung der Muttersprache im öffentlichen Leben und - das Wichtigste von allem – die Förderung eigener nationaler Eliten. Die Sowjetideologie war davon überzeugt, dass der Sozialismus den Nationalismus überwunden habe. Innerhalb der sowjetischen Gesellschaft würden die Nationen einander immer ähnlicher werden, sie würden harmonisch zusammenleben, und eine politische Trennung wäre ausgeschlossen. Separatismus sei ein Kennzeichen des Kapitalismus und deshalb in der Sowjetunion undenkbar – so die ideologischen Vorannahmen. Weil diese ideologische Doktrin sich in der Wirklichkeit nicht einstellte, wurde sie in der Zeit des Bürgerkrieges und später in der Stalinzeit mit brutaler Gewalt durchgesetzt. Nationalkommunisten wurden erschossen, ganze Völker deportiert.

Aber in den Jahrzehnten nach Stalins Tod (1953) hörte der Massenterror auf. In der Sowjetunion vollzog sich eine zumeist unmerkliche Dekolonisierung: In vielen Teilen des Imperiums wuchsen nationale Führungsschichten heran, für die die eigenen lokalen und nationalen Interessen höher standen als die des degenerierenden Gesamtstaates. Das galt übrigens auch für die Russen und Russland: Am Ende waren die Russen nicht mehr bereit, die Lasten des Imperiums zu tragen. Sie sahen sich – mit einem gewissen Recht – als die Zahlmeister des Imperiums. Aber eine Nation, die ihr Imperium nach Kosten-Nutzen-Kriterien beurteilt, hat das Imperium bereits aufgegeben.

Die Ukrainer waren nach den Russen das größte Volk der Sowjetunion und spielten im Rahmen des sowjetischen Herrschaftssystems eine führende Rolle. Die Ukrainer galten als das jüngere „Brudervolk“; sie bildeten zusammen mit den Russen die ethnische Klammer im Vielvölkerimperium. Voraussetzung für den Aufstieg in der Kaderhierarchie in der Ukraine und in der Sowjetunion insgesamt waren die sprachliche Assimilation an das Russische und die Reduktion des Ukrainertums auf einige Elemente der Folklore. Wer darauf bestand, die ukrainische Sprache im öffentlichen Leben anzuwenden oder gar wirtschaftliche Autonomie für die Ukraine zu fordern, der galt als „Nationalist“ und „Bandera-Anhänger“. So gehörten die Ukrainer zusammen mit den Belarussen am Ende der sowjetischen Zeit zu dem am stärksten russifizierten und sowjetisierten Völkern der Sowjetunion.

Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine

Als in der Zeit der Perestrojka die verdeckte Dekolonisierung in die offene Forderung nach nationaler Autonomie und dann nach Austritt aus der Sowjetunion umschlug, standen die Ukrainer nicht in der ersten Reihe. Vielmehr gaben die baltischen Völker, die Armenier und Georgier den Ton an. Aber die ukrainische Nationalbewegung hatte im Westen des Landes eine feste

Basis. Außerdem fanden sich viele Intellektuelle und Dissidenten, die die Volksfront für die Perestrojka „Ruch“ unterstützten und bald auch ein Ende des sowjetischen Regimes verlangten. Die Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 wurde zu einem mächtigen Katalysator für die zentrifugalen Kräfte und die Formierung einer ukrainischen nationalen Bewegung. Die Katastrophe von Tschernobyl machte in der Wahrnehmung der Menschen die Verantwortungslosigkeit des Zentrums deutlich. Nur die Ukrainer selbst und selbständig, nur Kiew, nicht aber Moskau können eine bessere Zukunft für das Land gestalten, so lautete das Fazit, das viele Menschen zogen.

Die sowjetische Führung in Kiew gehörte nicht zu den Vorreitern der Gorbatschowschen Reformen, und sie sprang erst spät, seit 1990, auf den schon rollenden Zug für die nationale Selbständigkeit auf. Aber nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 schwenkte die ukrainische kommunistische Führung dann mit Nachdruck auf den Kurs der staatlichen Selbständigkeit ein. Damit verbündeten sich in dieser entscheidenden Frage jetzt die nationaldemokratischen Kräfte von „Ruch“ und die Reformkommunisten. Die Oberste Rada verabschiedete am 24. August 1991 die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine, die in einem Referendum am 1. Dezember von einer überwältigenden Mehrheit der Wähler (90,3%) bestätigt wurde. Alle Verwaltungsgebiete der Ukraine stimmten für die Unabhängigkeit, vergleichsweise am geringsten war die Zustimmung auf der Krim mit 54%. Zugleich wählten die Ukrainer ihren ersten Staatspräsidenten; Wahlsieger wurde der Führer der Reformkommunisten Leonid Krawtschuk, auf den 61,6% der Stimmen entfielen. Der nationaldemokratische Kandidat Wjatscheslaw Tschornowil erhielt 23% der Stimmen, überwiegend in der westlichen Ukraine.

Die Ukraine und Russland

Mit dem Ausscheiden der Ukraine war klar, dass es den Staat Sowjetunion nicht mehr geben würde. Gewicht und Bedeutung dieser Aussage waren wohl im Jahr 1991 niemandem klar: nicht denen, die diese Unabhängigkeit wollten und sie dann auch umsetzten, und noch weniger den Russen und ihren Politikern, die die Trennung der Ukraine von Russland akzeptieren, und - wie es ihnen erschien - zu „erdulden“, ja zu „erleiden“ hatten. Aber auch die europäische Öffentlichkeit und ihre Politiker brauchten mindestens eineinhalb Jahrzehnte, um jedenfalls ansatzweise zu begreifen, dass die Ukraine nun kein Teil von Russland mehr war. Vielen ist wohl erst jetzt 2014 und durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine im Donbas deutlich geworden, welche tektonischen Verschiebungen sich im Osten Europas zugetragen haben. Erst ganz allmählich wird die Ukraine in unserem Bewusstsein zu einem Subjekt der Geschichte.

Formal erklärte die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion, bzw. ihren Austritt aus der Sowjetunion, tatsächlich aber ging es um die Unabhängigkeit von Russland, nicht zuletzt deshalb, weil die Sowjetunion schon wenige Monate nach dem Austritt der Ukraine zu bestehen aufhörte. Was hier geschah, war eine Revision bzw. eine Umkehr der Geschichte der vergangenen 350 Jahre. Mitte des 17. Jahrhunderts hatte das Hetmanat der Kosaken beim Moskauer Zaren Schutz gesucht und sich ihm unterstellt, jetzt kündigte die Sowjetukraine die staatliche Gemeinschaft mit Sowjetrußland auf. Sehr bald wurde klar, dass diese Abkehr von der staatlichen Gemeinschaft mit Russland zugleich den Weg nach Westen bedeutete. Dies war verbunden mit der Vision von der Integration in das westliche Europa; die Ukraine schwenkte sozusagen auf den polnischen Weg ein. In der Sprache der „langen Wellen“ in der Geschichte könnte man sagen, die Ukraine sucht den Wiederanschluss an ihre mittelalterliche und frühneuzeitliche Tradition und Epoche.

Erst wenn man sich die grundstürzende Bedeutung der Abkehr der Ukraine von Russland klar macht, lässt sich die russische Reaktion verstehen. Ohne die Ukraine ist Russland nicht mehr Russland. Ohne die baltischen Staaten, die 1940 gegen alles Völkerrecht von der Sowjetunion annektiert wurden, kann Russland in der Wahrnehmung vieler Russen durchaus fortbestehen. Denn vielen Menschen in Russland ist dank Perestrojka und Glasnost klargeworden, dass die Esten, Letten und Litauer gegen ihren Willen und gegen jedes Recht sowjetisiert und russifiziert worden sind. Die Ukrainer aber gelten - wie die Belarussen - vielen Russen als Teil von sich selbst. Insbesondere in der gegenwärtig von der Propaganda angefachten neo-imperialen Hysterie glauben viele in Russland, die Ukraine, insbesondere aber die Krim, sei „immer“ schon ein Teil des russischen Staatskörpers gewesen. Lukaschenka, der autoritäre belarussische Präsident, hat auf diese rückwärtsgewandten historischen Ansprüche geantwortet und mit einem gewissen Recht erklärt, Smolensk und Brjansk im Westen des europäischen Russland gehörten historisch zu Belarus.

Natürlich ist die Historie hier wie so oft nichts anderes als die Magd der Gegenwart, die in Anspruch genommen wird, um die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Kehren wir zur Gegenwart zurück; es bleibt festzustellen, dass in Russland der „Verlust“ der Ukraine weder von den Kommunisten noch von den Demokraten, weder vom politischen Establishment noch von der Bevölkerung insgesamt, weder 1991 noch heute akzeptiert worden ist oder akzeptiert wird. Mehr noch, Russland hat das Ende der Sowjetunion bis heute nicht verkraftet, geschweige denn aufgearbeitet. Dies ist ein wesentlicher Grund für die verhängnisvolle Politik Russlands, die bis zum Krieg mit der Ukraine geführt hat. Das vielzitierte Diktum von Putin aus dem Jahre

2005, das Ende der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts, ist eben nicht ein Bonmot sondern ein politisches Programm.

Von daher ist es nicht verwunderlich, dass die ukrainisch-russischen Beziehungen vom Beginn der Unabhängigkeit an immer gespannt waren. Allerdings haben die Konflikte sehr unterschiedliche Formen angenommen; niemals vor 2014 ist es zu militärischen Auseinandersetzungen gekommen. Dagegen war die territoriale Integrität der Ukraine von Anfang an ein Streitpunkt: Die Ukraine bestand darauf, dass die ehemaligen Verwaltungsgrenzen zwischen der Ukraine und der RSFSR unantastbar seien und jetzt als die neuen Staatsgrenzen zu gelten hätten. Russland war über mehrere Jahre nicht bereit, dies anzuerkennen und sich dem zu fügen. „Das historische Bewusstsein der Russen erlaubt es niemandem, die Grenzen Russlands mit denen der Russländischen Föderation gleichzusetzen“, erklärte Vizepräsident Ruzkoj im Januar 1992. Der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk konterte im April 1993: „Ich werde niemals und mit niemandem Verhandlungen über Grenzrevisionen führen. Jede Spekulation in dieser Richtung ist gleichbedeutend mit dem Beginn eines Krieges.“

Russische territoriale Ansprüche richteten sich auf die östlichen und südlichen Gebiete der Ukraine mit der Begründung, die Bevölkerung dort sei russisch geprägt und viele Menschen seien überhaupt ethnische Russen. Besonders die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine wurde in Russland bestritten. Zur Begründung hieß es, Sewastopol auf der Krim sei der Heimathafen der Schwarzmeerflotte; schon deshalb müsse die Halbinsel zu Russland gehören. Die Tatsache, dass es sich dabei um die sowjetische, nicht aber um die russische Schwarzmeerflotte handelte, ging in der politischen Agitation unter. Diese Argumentation macht zudem deutlich, dass in der russischen Wahrnehmung auch noch nach dem Ende der Sowjetunion Russland und die Sowjetunion identisch waren. Der Oberste Sowjet in Moskau erklärte im Mai 1992 in einem nicht bindenden Beschluss die Zuordnung der Krim zur Ukraine im Jahr 1954 „für null und nichtig von Anfang an“. In diesem Jahr war die Halbinsel, die zuvor zur RSFSR gehört hatte, der Ukraine zugeordnet worden, wofür es eine Reihe guter und pragmatischer Gründe gab, nicht zuletzt die Geographie, die die Krim bekanntlich ausschließlich mit dem ukrainischen Festland verbindet. In einer Resolution vom Juli 1993 ging der Oberste Sowjet in Moskau noch einen Schritt weiter und stellte gegen alles Völkerrecht fest, Sewastopol sei und bleibe Teil des Territoriums der Russländischen Föderation. Allerdings hatte auch dieser Parlamentsbeschluss keine konkreten Auswirkungen, weil der russische Präsident Jelzin ihn ignorierte.

Erst mit dem ukrainisch-russischen Vertrag über Freundschaft und Kooperation vom Mai 1997 fanden die Konflikte der 1990er Jahre ein - wie wir heute wissen - vorübergehendes Ende. Der

Vertrag schloss eine uneingeschränkte gegenseitige Anerkennung der Grenzen ein. Während es also in den 1990er Jahren gelang, trotz der hochgehenden öffentlichen Erregung die Konflikte im Zaum zu halten und vertragliche Lösungen auch hinsichtlich der Schwarzmeerflotte zu finden, eskalierten die Auseinandersetzungen im Jahr 2014 nach dem revolutionären Sieg des Euromajdan zum Krieg.

Was sind die Unterschiede zwischen damals und heute? Das Trauma vom Ende der Sowjetunion und damit vom Ende des russischen Weltmachtstatus ist heute wirkmächtiger als in den 1990er Jahren. Jelzin und die politischen Kräfte, die ihn stützten, trugen gezielt zum Untergang der UdSSR bei, offenbar in der Erwartung, danach würden sich die demokratisch gewordenen Nachfolgestaaten um Russland scharen und gemeinsam in die eine, bessere Welt integrieren. Jelzin akzeptierte deshalb im Prinzip die Unabhängigkeit der Ukraine, so wurde trotz Konflikten eine Verständigung erreicht.

Das System Putin rückte demgegenüber immer weiter von der Akzeptanz der Unabhängigkeit der Ukraine ab. Stattdessen geht es jetzt darum, die Auswirkungen der „größten geopolitischen Katastrophe“ zu begrenzen und wo immer möglich rückgängig zu machen. Zwar kann die Sowjetunion nicht restituiert werden, aber Russland als imperiale Großmacht kann und muss in der Vision von Putin wieder hergestellt werden. Ohne die Ukraine ist daran nicht zu denken. Bis zum Sturz von Präsident Janukowytsch im Februar 2014 schienen die Chancen zur Dominierung der Ukraine aus der Sicht Moskaus nicht schlecht. Kommt hinzu, dass Russland sich seit dem wirtschaftlichen Aufschwung von 2000 bis 2008 stark fühlt und erheblich in die militärische Modernisierung investiert hat. Die Ukraine kann dem ebenso wenig wie die anderen Nachfolgestaaten ökonomisch und militärisch etwas entgegensetzen. Russland ist zudem von der vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine überzeugt. Für das starke Russland erschien deshalb eine rücksichtslos aggressive Politik gegenüber der schwachen Ukraine ohne Risiko.

Der Entschluss Putins gegen die Ukraine auch militärisch vorzugehen, fiel spätestens Ende Februar mit dem Sturz und der Flucht von Janukowytsch aus Kiew. Denn jetzt war aus russischer Sicht eine gefährliche Situation entstanden: Die Ukraine machte mit der Absicht, sich nach Westen zu integrieren und die Mitgliedschaft in der EU anzustreben ernst, nachdem diese Ziele viele Jahre hindurch verbale Deklarationen gewesen waren, denen kaum Taten entsprachen. Vor allem aber hatte Moskau mit dem Abgang des Satrapen nun keinen Präsidenten in Kiew mehr, der Gewähr dafür bot, dass die Ukraine sich innen- und außenpolitisch im Fahrwasser Moskaus bewegte. Aus neo-imperialer Moskauer Sicht ist es ausgeschlossen, dass die Ukraine

den gleichen Weg wie Polen und die baltischen Staaten vor 20 Jahren gehen darf. Putin hat diese Sichtweise in aller Klarheit öffentlich und auch weniger öffentlich deutlich gemacht.

Russland und die Ukraine seien nicht nur nahe historische Nachbarn, sagte Putin in seiner Rede vor beiden Kammern des russischen Parlaments am 18. März aus Anlass der Einverleibung der Krim in den russischen Staatsverband, „sondern faktisch sind wir – das habe ich schon mehrfach betont – ein Volk... Die alte Rus ist unser gemeinsamer Ursprung, wir gehören nun mal zusammen.“ In der Ukraine leben zudem – fuhr Putin fort – „Millionen russische Menschen, russischsprachige Bürger... Ihre Interessen wird Russland immer verteidigen“. Dann wandte sich der Präsident mit seiner Ein-Volk-Rhetorik ausdrücklich an die Deutschen, deren Wunsch nach „nationaler Einheit“ Russland vor 25 Jahren unterstützt habe. Er rechne darauf, „dass die Menschen in Deutschland ihrerseits auch das Streben der russischen Welt, des historischen Russland nach Wiederherstellung seiner Einheit unterstützen.“ Hier wird also ein doppelter Anspruch formuliert: Die Ukraine darf sich nicht von Russland trennen, und die Millionen „Russischsprachiger“, die in der Ukraine leben, sind überhaupt Teil der russischen Nation und müssen mit ihr wiedervereinigt werden. Der Begriff „historisches Russland“ ist in seiner Unschärfe ein außerordentlich gefährlicher Begriff und eröffnet einer aggressiven Politik Tor und Tür. Eine Bezugnahme auf das „historische Deutschland“ oder das „historische Frankreich“ würden Europa in Krieg und Chaos stürzen.

Putin bezeichnete schon seit 2008 die Ukraine wiederholt als ein „künstliches“ Gebilde und implizierte damit, dass sie kein historisches Lebensrecht hätte. Große Teile des Landes seien der Ukraine von Russland „geschenkt“ worden, belehrte der russische Präsident die Teilnehmer des Nato-Gipfeltreffens im April 2008 in Bukarest. Im März 2014 wandte sich der stellvertretende Parlamentssprecher der russischen Duma Zhirinowski in einem offiziellen Schreiben an den polnischen Sejm mit dem Vorschlag einer Aufteilung der Ukraine: die westliche Ukraine sollte Polen übernehmen, der Osten und Süden sollten an Russland fallen. Nur das Zentrum des Landes sollte als Rumpfstaat bestehen bleiben. Auch Ungarn und Rumänien erhielten analoge „Angebote“, Transkarpatien bzw. die nördliche Bukowina zu übernehmen, die vor dem Zweiten Weltkrieg zu diesen Staaten gehört hatten. Man kann diese Aktionen des Politclowns Zhirinowski als Versuchsballon deuten oder als Hit in der psychologischen Kriegsführung gegen die Ukraine. In jedem Fall zeigt sich hier eine politische Mentalität, die das Völkerrecht verhöhnt und sich über die Grundsätze von Sicherheit und Frieden in Europa hinwegsetzt. Ziel ist, die Ukraine für ihre Westwendung zu bestrafen und die Größe Russlands zu mehren.

Ist die Ukraine ein gespaltenes Land?

Ich komme auf die Ausgangsfrage zurück: Was ist die Ukraine? Ist sie nicht doch ein gespaltenes Land, ein Flickenteppich, zufällig zusammengesetzt aus historischen Einzelteilen, eine Versuchung für starke Nachbarn, den erst spät entstandenen Staat wieder aufzuteilen? Als die Ukraine vor bald 25 Jahren als unabhängiger Staat auf der Landkarte Europas erschien, gab es große Zweifel, ob er Bestand haben würde. Das galt sowohl im Westen wie in Russland. Unter den Jelzin-Demokraten in Russland gab es die Überzeugung, man solle abwarten, bis sich in Kiew der Taumel der Begeisterung über die staatliche Unabhängigkeit legen würde, die ukrainische Staatsbildung würde sich nach kurzer Zeit selbst überleben, und das Land werde dahin zurückkehren, wohin es gehörte: in den Einflussbereich des inzwischen – wie man meinte – demokratisch gewordenen Russland.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist nach einem Vierteljahrhundert festzustellen: Nicht nur der ukrainische Staat, auch die ukrainische Nation hat sich konsolidiert und ist auf dem Weg zu ihrer weiteren Festigung. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet – entgegen seinen Absichten – Russland. Bevor darauf näher einzugehen ist, sollen einige andere Überlegungen erklären helfen, warum die Ukraine ein Projekt mit Zukunft ist. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens hat zahlreiche neue Staaten hervorgebracht; die Ukraine ist der mit Abstand bevölkerungsreichste unter ihnen, aber die Ukraine ist keineswegs ein singulärer Fall. Überwiegend handelt es sich um Staaten, die zuvor niemals unabhängige völkerrechtliche Subjekte waren. Keiner dieser neuen Staaten ist in seiner Fortexistenz bedroht. Nur ein einziger Staat ist im Zuge der Neuordnung nach dem Ende des Kommunismus untergegangen: die DDR – ein deutsches Spezifikum.

Gewiss ist die Ukraine ein Land mit großen inneren Spannungen und Konflikten, ein Land, in dem zwei Sprachen gesprochen werden, drei orthodoxe Kirchen und die griechisch-katholische Kirche um die Gläubigen werben; ein Land mit einem überwiegend agrarischen Westen und einem überwiegend industriellen Osten. Im Westen ist die nationale Identität deutlich stärker ausgeprägt als im Osten und Süden. Aber, gottlob, gibt es das Zentrum mit Kiew, wo sich alle diese Strömungen und Gegensätze treffen und überschneiden. Die Spannungen und Konflikte werden auch dadurch gemildert, dass es keine eindeutigen Grenzen im Inneren des Landes gibt; es besteht keine feste Sprachgrenze zwischen dem Ukrainischen und dem Russischen, keine eindeutige Konfessionsgrenze zwischen den Orthodoxen und den Katholiken des östlichen Ritus. Die Ukraine ist vielmehr das Land der Übergänge und der Gemengelage. Weder der Westen noch der Osten des Landes sind in sich geschlossene Blöcke, auch wenn sie häufig ein

scharf ausgeprägtes unterschiedliches Wahlverhalten gezeigt haben. Die Ukraine ist ein Land mit vielen Trennungslinien, aber nicht ein Land der unüberwindlichen Gräben.

Was nun separatistische Bestrebungen angeht, so unterscheiden sich die ukrainischen Verhältnisse nicht von denen in vielen europäischen Ländern. Belgien, Spanien oder das Vereinigte Königreich – überall ist die staatliche Einheit von Separatismus bedroht, und nirgendwo gibt es den Königsweg, diese Probleme ein für alle Mal zu lösen. Mehr noch: Die Zerrissenheit der Ukraine und die höchst unterschiedlichen politischen Mentalitäten in den verschiedenen Regionen haben einen Beitrag dazu geleistet, dass sich kein autoritäres Regime auf Dauer hat etablieren können. Die Versuche, eine autoritäre Präsidialherrschaft aufzurichten, haben zweimal zum Aufstand der Zivilgesellschaft geführt: Die Orange Revolution setzte im November/Dezember 2004 freie Wahlen durch, und der Euromajdan vertrieb im Februar 2014 Präsident Janukowytsch aus Kiew. Die großen Unterschiede im Land eröffnen auch Chancen zu Toleranz und Kompromiss. Keine Region kann allen anderen seinen Willen aufzwingen. Natürlich bringen die scharfen Unterschiede auch Extremisten und unversöhnlichen Hass hervor. Sie sind in der jetzigen Kriegssituation besonders sichtbar. Aber die Ukraine ist, wenn sie als einheitlicher Staat bestehen bleiben will, auf Ausgleich angewiesen. Es gibt zur demokratischen Ordnung der Macht keine Alternative. Eine Diktatur lässt sich in der Ukraine offenbar nicht aufrichten, dazu ist das Land zu inhomogen.

Aber, so könnte man einwenden, hat die Spaltung des Landes nicht zum jetzigen Krieg im Donbas geführt, hat die Bevölkerung der Krim im März nicht in einem Referendum für den Anschluss an Russland gestimmt? Ohne Zweifel gibt es in diesen beiden Regionen eine starke russische Tradition und prorussische Bestrebungen. Viele Menschen hier identifizieren sich nicht mit der Ukraine, sie wollen aber deshalb nicht zu Russland gehören, und sie sehen sich nicht als Bürger Russlands. Insbesondere im Donbas hat es nach 1991 keine Irredenta gegeben, sieht man von wenigen Marginalen ab, die sich leicht von Russland aus instrumentalisieren ließen. Im Donbas bestehen Vorbehalte und Angst vor der ukrainischen Sprache. Aber nirgendwo wurden die russische Sprache oder Russischsprecher diskriminiert, insbesondere nicht in den letzten Jahren nach 2010, als Janukowytsch und seine Mannschaft aus dem Donbas die Macht im Gesamtstaat übernahmen.

Zwar gibt es im Donbas, auf der Krim und in abgeschwächter Form auch in anderen Regionen der Ukraine russophile Neigungen und Aktivitäten, aber nirgendwo in der Ukraine trat oder tritt eine Mehrheit der Bevölkerung für die Abtrennung ihres Gebietes von der Ukraine und den Anschluss an Russland ein. Dies zeigen alle seit vielen Jahren und wiederholt durchgeführ-

ten Meinungsbefragungen. Das Referendum auf der Krim am 16. März war gefälscht und fand unter den Bedingungen einer militärischen Besetzung statt. Könnten in der Ukraine Referenden unter schottischen Bedingungen abgehalten werden, gäbe es nirgendwo eine anti-ukrainische Mehrheit – vielleicht mit der Ausnahme der Stadt Sewastopol, wo die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist.

Die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Osten des Landes sind keine genuine politischen Parallelstrukturen; sie haben keine breite Basis in der Bevölkerung; die Führungskader werden von den Moskauer Kuratoren ernannt und abgesetzt. Diese politischen Strukturen sind Importe aus Russland, um die Ukraine zu destabilisieren. Ihre Macht beruht auf russischen Waffen, die über eine offene Grenze ungehindert geliefert werden. Die ukrainischen Streitkräfte sind nicht in der Lage, diese Grenze gegen den russischen militärischen Widerstand zu schließen. Ohne die militärische, ökonomische und politische Unterstützung aus Russland wären die DNR und die LNR wahrscheinlich im August 2014 zusammengebrochen. Die Annektion der Krim im März und der bis heute fortdauernde Krieg im Donbas haben weitreichende und unbeabsichtigte Folgen: Die Ukraine wächst zusammen; die Ukraine wird einheitlicher. Der Euromajdan und der anschließende Krieg, durch den Russland versucht, den Euromajdan rückgängig zu machen, haben zu einer zuvor undenkbbaren patriotischen Mobilisierung geführt. Viele Menschen, die zuvor abseits von der Politik standen, wurden zu ukrainischen Patrioten. Die nationale Symbolik mit Fahnen, Hymne und ukrainischer Begrüßung hielten auch in Odesa oder Charkiw Einzug. Die gewaltsame Abtrennung der Krim und von Teilen des Donbas hat die übrige Ukraine – und das sind 85% bis 90% der Bevölkerung - näher zusammenrücken lassen. Insofern hat Putins Politik wesentlich zur weiteren Nationswerdung der Ukrainer beigetragen. Damit sind die Spannungen und Konflikte ebenso wenig verschwunden wie die politischen Kontroversen über den weiteren Weg in die Zukunft. Aber der Konsens darüber, dass dies Land unser Land ist, war unter den Ukrainern nie zuvor so ausgeprägt und belastbar wie gegenwärtig.

Hinweis zum Urheberrecht

An den Texten von Fremdautoren auf unserer Internetseite haben wir lediglich ein einfaches Nutzungsrecht (§ 19a des UrhG). Downloads und Kopien dieser Seiten sind nur für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch gestattet. Weitere Verwertungsrechte sowie das Urheberpersönlichkeitsrecht liegen jeweils bei der namentlich genannten Autorin bzw. dem namentlich genannten Autor. Falls Sie einen solchen Text nutzen wollen, wenden Sie sich bitte vorab an unsere Öffentlichkeitsbeauftragte: Hella Blum, Tel.: 0228 9523 208 oder Mail: hella.blum@akademie.ekir.de. Sofern dies möglich ist, vermitteln wir Ihnen dann gerne den entsprechenden Kontakt.